

BUNDESTAGSREPORT

DER LANDESGRUPPE BRANDENBURG

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Dagmar Enkelmann - Wolfgang Neskovic - Kirsten Tackmann - Lothar Bisky - Diana Golze

Bitte gehen auch SIE am 7. Juni wählen!

Warum, werden Sie womöglich fragen. Wir LINKEN kämpfen hier in Deutschland und mit unseren Partnerinnen und Partnern in anderen europäischen Ländern für ein soziales, ein friedlicheres, ein demokratischeres und für ein solidarischeres Europa. Was heißt das konkret?

Nun, wenn Sie am 7. Juni die LINKE ins Europäische Parlament wählen, dann bekommen Sie zum Beispiel eine Politik für eine demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank. Eine Konsequenz aus der Krise, die wir für dringlich halten. Uns reicht die Orientierung auf Preisstabilität nicht. Wir setzen auf eine Zentralbankpolitik, die Beschäftigung und Wachstum als Kriterien kennt. Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die sich an sozialen und ökologischen Kriterien misst.

Ein soziales Europa, das bedeutet für mich auch, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen. Arbeit darf nicht arm machen, darum streiten LINKE auch in Europa für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wenn Sie am 7. Juni die LINKE ins Europäische Parlament wählen, dann bekommen

Sie eine Politik für einen menschenwürdigen gesetzlichen Mindestlohn in allen EU-Staaten und für soziale Mindeststandards für alle Menschen, die in Europa leben – ob jung ob alt, ob MigrantInnen oder Wanderarbeiter. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort - dafür streiten wir.

Wenn Sie am 7. Juni die LINKE ins Europaparlament wählen, dann wählen Sie eine Politik für eine europäische Sozial- und Umweltunion, für mehr Demokratie und Frieden, für ein kooperatives Europa im Innern und weltweit. Sie wählen ein Europa, dass die menschenverachtenden Umgang mit Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen abschafft.

Wenn Sie am 7. Juni DIE LINKE wählen, dann wählen Sie eine Politik für ein friedliches Europa, für ein Europa der Entwicklungszusammenarbeit, ein Europa der guten Nachbarschaft.

Für all das steht DIE LINKE, für all das stehe ich als Person. Darum bitte ich Sie, am 7. Juni zur Wahl zu gehen.

Herzlichst,
Ihr Lothar Bisky

Das soziale
Brandenburg:
Wählt rot! **DIE LINKE.**
www.brandenburg-waehlt-rot.de

In dieser Ausgabe:

**LINKE will Renten-
Gerechtigkeit**
Dagmar Enkelmann

**SPD muss jetzt Hand-
bremse lösen für
Bundestags-
entscheidung gegen
das Bombodrom**
Kirsten Tackmann

**Kinderschutzgesetz
vorerst auf Eis gelegt**
Diana Golze

**Zu wenig Richter, zu
wenig Zeit, zu viel
Arbeit**
Wolfgang Neskovic

**Pressemittlungen u.
Reden der
Landesgruppe**

**Rückblick auf die
Betriebsrätekonfe-
renz und Bundesver-
sammlung**

**(kurzer) Rückblick auf
die Sitzungswoche**

**Namentlichen Abstimm-
ungen zur Rente**

- Deutscher Bundestag- Fraktion DIE LINKE - Landesgruppe Brandenburg -

V.i.S.d.P.: Dr. Kirsten Tackmann MdB; 11011 Berlin- Platz der Republik 1;

Tel.: 030- 227 74308; Fax: 030- 227 76308; Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

LINKE will Renten-Gerechtigkeit

von Dagmar Enkelmann



20 Jahre nach dem Mauerfall will DIE LINKE Lücken schließen. Sie will Renten-Gerechtigkeit. Die Angleichung des Rentenwerts Ost an West ist durch den Bundestag mit Mehrheit abgelehnt worden. Jetzt geht um die Lücken bei der Überführung des DDR-Rentenrechts in das bundesdeutsche.

Dazu brachte DIE LINKE bereits im November 2007 einen Gesetzentwurf und 16 Anträge ein. Dabei geht es u.a. um besondere Renten-Regelungen für einzelne Berufsgruppen in der DDR, die nach der Einheit gestrichen wurden. So sind Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitswesen der DDR vergleichsweise schlecht bezahlt worden. Zum Ausgleich erhielten sie einen zusätzlichen Faktor bei der Renten-Berechnung. O-

der es geht um Angehörige der Deutschen Reichsbahn und der Post, die eine besondere Form betrieblicher Altersversorgung besaßen.

Betroffen sind Angehörige der Bundeswehr, von Zoll, Polizei und öffentlichem Dienst, die nach 1990 ihre Tätigkeiten fortgesetzt haben. Benachteiligt sind zu DDR-Zeiten Geschiedene, für die es damals keinen Versorgungsausgleich gab. Dafür wurden Zeiten für die Erziehung von Kindern oder Pflege von Angehörigen rentenrechtlich besonders berücksichtigt. Auch das ist nicht ins bundesdeutsche Recht überführt worden. Es geht um die Anerkennung freiwilliger Beiträge, zumeist von mithelfenden Ehefrauen.

Es geht aber auch z.B. um Balletttänzerinnen und Balletttänzer. Diese erhielten in der Übergangs-

zeit vom Tanz zum neuen Beruf einen finanziellen Ausgleich. Dazu habe ich schon 1992 eine Kleine Anfrage gestellt. Die Antwort der Bundesregierung damals war exemplarisch für alle ihre Reaktionen auf Renten"lücken" - Zitat: "Eine Weitergewährung dieser Leistung im vereinigten Deutschland war nicht möglich, weil es eine Parallele dazu im westdeutschen Recht nicht gibt."

Die Regelungen, die wir anmahnen, kommen vor allem Frauen zu gute. Und sie betreffen nicht nur heutige, sondern auch künftige Rentnerinnen und Rentner. Wer 20 Jahre nach dem Mauerfall auf eine biologische Lösung hofft, ist schlicht und ergreifend zynisch.

DIE LINKE will, dass aus den schönen Reden, die jetzt zu 20 Jahren Mauerfall gehalten werden, Taten werden. Wir wollen die wirkliche Herstellung der Deutschen Einheit. Und Rentengerechtigkeit gehört für uns dazu.

Wir wollten auch, dass sich jeder Abgeordnete zu jedem der Renten-Anträge klar bekennt. Dazu bestanden wir auf namentlicher Abstimmung jeder einzelnen der 17 Vorlagen. Hier im Bundestag, wo die Gesetze gemacht werden, muss Stellung bezogen werden.

SPD muss jetzt Handbremse lösen für Bundestagsentscheidung gegen das Bombodrom

von Kirsten Tackmann

Leider hat der Petitionsausschuss am vergangenen Mittwoch die Entscheidung zum Bombodrom erneut vertagt. Die nächste Gelegenheit ist am 17. Juni.

Seit der von der LINKEN initiierten Aktuellen Stunde Ende April zwitschern es die Spatzen vom Dach des Reichstages, dass es nach dem klaren Urteil des OVG Berlin-Brandenburg von Ende März ein Umdenken in Teilen der Koalition gibt. Es werden Rückzugspläne geschmiedet. Das ist überfällig. Die Zeit bis zum 17. Juni kann gewonnene Zeit werden, wenn sich der Petitionsausschuss dem Votum der LINKEN anschließt und dem Bundestag empfiehlt, die „Höchststrafe“ zu verhängen: die Petitionen „zur Berücksichtigung“ an die Regierung zu überweisen. Das wäre konsequent, denn die Petitionen haben das vorgetragen, was das OVG gerügt hat: die Interessen der Region wurden nicht abgewogen. Bislang hat sich herumgeschwiegen, dass die Koalition beim zweithöchsten Votum („zur Erwägung“) verharren will, was immerhin auch ein bemerkenswerter Erkenntnisfortschritt wäre. Die Entscheidung über eine Petition ist zwar ein wichtiges Signal Richtung Regierung, zwingend ist sie nicht. Deshalb ist es



richtig, dass die Bürgerinitiativen ein verbindliches Ende des Bombodroms noch vor der nächsten Wahl fordern. Viele hatten schon 1998 und 2002 rot-grün gewählt in der Hoffnung auf den Verzicht aufs Bombodrom, der dann nicht kam, sondern die Anordnung zur Inbetriebnahme 2003. Deshalb steht vor allem die SPD-Fraktion unter (Glaubwürdigkeits-) Druck. Am Donnerstag hat sie dazu beigetragen, dass ein Gruppenantrag mit rot-rot-grün-gelber Mehrheit gegen die Union im Bundestag beschlossen wurde!

Es geht also, wenn man es politisch will! Und was bei der Drogenpolitik geht, sollte beim Bombodrom erst Recht gehen!

Die SPD-Landesgruppen aus Brandenburg, Mecklenburg-Vor-

pommern und Berlin haben diese Woche in einem offenen Brief Minister Jung zum Verzicht auf das Bombodrom aufgefordert. Konsequenter wäre es gewesen, sie hätten einen Gruppenantrag in den Bundestag eingebracht – z. B. mit der Textpassage aus ihrem aktuellen Regierungsentwurf. Eine rot-rot-grüne Mehrheit wäre rechnerisch möglich. DIE LINKE wäre verlässlich.

Übrigens fordern die SPD-Abgeordneten in ihrem Brief auch die Freigabe der Mittel für die Munitionsberäumung – das wäre längst möglich gewesen, denn DIE LINKE hatte bei den Haushaltsverhandlungen 2008 genau das vorgeschlagen. Das wurde abgelehnt.

Kinderschutzgesetz vorerst auf Eis gelegt

von Diana Golze



Das fast Unvorstellbare ist kurz vor Ende der Legislaturperiode geschehen: Die Regierung nimmt den gesetzlichen Murks vorerst zurück, den sie selber fabriziert hat! Das neue Kinderschutzgesetz, dessen Entwurf von Beginn durch alle Fachverbände scharf kritisiert wurde, ist zunächst von der Tagesordnung gestrichen!

Nach dem Verriss des Regierungsentwurfs in der Anhörung am 25. Mai, halten nun selbst Angehörige der Koalition das Kinderschutzgesetz für substanzlos. Dort wurden insbesondere die veränderten Rege-

lungen im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) von den Sachverständigen abgelehnt. Nun soll nach der Wahl neu diskutiert werden. Eine kurzfristige Verbesserung des Regierungsvorschlages scheint nicht möglich, da der Gesetzentwurf völlig am Hilfe anbietenden, vorsorgenden Grundcharakter dieses Sozialgesetzbuches vorbeigeht. So ist die gesetzliche Regelung von Hausbesuchen nicht sinnvoll, da es bereits hinreichende und komplexere Regelungen gibt, die praxiserprobt sind. Auch Veränderungen der ärztlichen und der anwaltlichen Schweigepflicht für den Kinder-

schutz wurden mit dem Entwurf nicht hinreichend geregelt. Den größten Fehlgriff leistete sich das Familienministerium aber mit dem Fehlen jeglicher materieller Untersetzung der Aufgabenausweitung der Jugendämter.

DIE LINKE wird sich weiterhin für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Familien einsetzen. Wer das Kindeswohl wirksam schützen will, muss die Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe zurücknehmen! Die gleichen Politiker, die die Lebensbedingungen von Familien und Kindern durch Hartz IV, Niedriglöhne und Sozialabbau dramatisch verschlechtert haben, wollen sich nun als Retter des Kindeswohls inszenieren. DIE LINKE fordert: Jugendämter müssen finanziell und personell so ausgestattet werden, dass sie die Aufgaben, die ihnen das KJHG gibt, erfüllen können! Zur Bekämpfung der Kinderarmut brauchen wir endlich eine Existenz sichernde, eigenständige Kindergrundsicherung und einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie Kinder-Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen! Das wäre effektiver Kinderschutz!

Zu wenig Richter, zu wenig Zeit, zu viel Arbeit

von Wolfgang Neskovic

Die Richterinnen und Richter in der Bundesrepublik arbeiten seit Jahren hart am Limit. Zu wenig Richter haben zu wenig Zeit und zu viele Fälle zu bearbeiten. Justitia braucht mehr Geld für mehr Personal und eine bessere Ausstattung. Die Koalition aber hatte andere Einfälle: mit der Kronzeugenregelung und der Legalisierung des gerichtlichen Deals will sie den Arbeitsaufwand senken, den die Gerichte bei der Wahrheitsfindung haben. Beide Gesetzentwürfe sind in der vergangenen Sitzungswoche verabschiedet worden. Die Koalitionäre opferten damit wichtige Kernprinzipien des Strafrechts, weil ihre Beibehaltung zu viel Zeit kosten würde.

Nach der Kronzeugenregelung kann einem Straftäter die Strafe erlassen oder gemildert werden, nur weil er Aufklärungshilfe zu einer ganz anderen Straftat leistet. In der Konsequenz kann das dazu führen, dass ein Vergewaltiger künftig deswegen straffrei ausgehen kann oder eine wesentlich mildere Strafe erhält - nur weil er dazu beiträgt, dass Straftaten wie z.B. Geldfälschung, Geldwäsche oder Computerbetrug aufgeklärt werden. Dies bevorzugt Täter, die im kriminellen Milieu tief verstrickt sind und



daher Kenntnisse über andere Straftaten anzubieten haben. Opfer von Straftaten werden entsetzt feststellen, dass man die Täter laufen ließ oder milder bestrafte, nur weil sie sich für das Gericht in anderer Sache nützlich machten.

Der Deal bedeutet die Legalisierung der Zweiklassenjustiz. Deals kommen überproportional häufig in komplizierten Wirtschaftsfällen vor. Den Gerichten fehlen die Mittel und das Personal. Sie sehen sich dabei Angeklagten gegenüber, die über bestens bezahlte und bestens ausgebildete Anwälte verfügen, die dem Gericht mit langwieriger und anstrengender Konfliktver-

teidigung drohen. Durch das neue Gesetz werden die Richterinnen und Richter dazu verführt, mit den Angeklagten Handel zu treiben. Der Angeklagte gesteht, so dass sich die Richter die Mühseeligkeit einer langen, konfliktreichen Verhandlung ersparen können. Als Gegenleistung einigt man sich mit dem Angeklagten auf eine Strafe, die dieser für angemessen hält.

Für DIE LINKE. gilt: Das Strafgesetzbuch ist kein Handelsgesetzbuch. Die Fraktion hat die beiden Gesetzentwürfe selbstverständlich abgelehnt.

Pressemitteilungen und Reden der Landesgruppenmitglieder:

<http://www.lothar-bisky.de>



PE: Für eine moderne Medienordnung

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1318912364>

<http://www.dagmar-enkelmann.de>



PE: DIE LINKE beantragt Aktuelle Stunde zur Bedrohung Zehntausender Arbeitsplätze bei Opel und Karstadt

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1207452682>

PE: LINKE: Verdachtskündigung noch vor Wahl abschaffen

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Bundestag/2009/Quartal_2/PE_Konferenz200509.pdf

PE: Oldtimer machen Arbeit

http://www.dagmar-enkelmann.de/fileadmin/user_upload/Presseerklarungen/2009/Quartal_2/PE_Kulturgut290509.pdf

<http://www.diana-golze.de>



PE: "Zurück auf Los!" beim Kinderschutzgesetz

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1213717922>

PE: LINKE solidarisch mit streikenden Erzieherinnen und Erziehern

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1266748171>

<http://www.wolfgang-neskovic.de/>



PE: Für eine soziale Verfassung

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1250786719>

Rede: Zu wenig Richter, zu wenig Zeit, zu viel Arbeit

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1350623596>

<http://www.kirsten-tackmann.de>



PE: Milchbetriebe brauchen faire Milchpreise

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1223599847>

PE: Überprüfung der Standortschließungen in der Agrarressortforschung

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1277069732>

PE: Entscheidung für friedliche Bombodrom-Nutzung ist überfällig

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1283668590>

PE: Bäuerinnen und Bauern brauchen Zukunft ohne unregulierten Weltmarkt

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1249033357>

PE: LINKE unterstützt Milcherzeugerbetriebe im Kampf um faire Milchpreise

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1290117512>

Rede: Agrarwissenschaften in Deutschland auf neue Anforderungen ausrichten

<http://www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1324884802>

**Betriebs- und Personalräte bei der LINKEN
am 20. Mai 2009 in Berlin**



Die Fraktion DIE LINKE hatte Personal- und Betriebsräte aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zu einer regionalen Betriebsrätekonferenz in den Bundestag eingeladen. Die Konferenz stand unter der Überschrift "Gerechtigkeit, Gute Arbeit und Öffentliche Güter in der Krise?".

Am 20. Mai waren im Bundestag rund 100 Belegschaftsvertreter, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Experten und Abgeordnete zu einer Betriebs- und Personalrätekonferenz für Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zusammengekommen.



Viele Betriebs- und Personalräte wiesen dabei auf den wachsenden Druck hin, dem sich die Beschäftigten in der Krise ausgesetzt sehen. Über Ausgründungen von Tochterfirmen, den „Umstieg“ auf Leiharbeit, aber auch durch direkte Kündigung erfahrener und qualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werde versucht, in den Unternehmen Dumpinglöhne, längere Arbeitszeiten und auch einen möglichst „geräusch-losen“ Personalabbau durch-zusetzen.



Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Branchen wollen wir uns dafür stark machen, dass gerade in der Krise nicht nur ein Schutzschirm für Banken aufgespannt wird, sondern dass vor allem Arbeitsplätze zu fairen Bedingungen gesichert werden.

**Brandenburgerdelegation bei der Bundesversammlung
am 23. Mai in Berlin**



Am 23. Mai 2009 trat in Berlin die Bundesversammlung zusammen, um einen neuen Bundespräsidenten zu wählen. Neben den Bundestagsabgeordneten gehören der Bundesversammlung auch Vertreterinnen und Vertreter der Länder an. DIE LINKE Brandenburg hat 8 Mitglieder in die Bundesversammlung entsandt.

Bei der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai entfielen auf Peter Sodann 91 Stimmen - zwei mehr als DIE LINKE Vertreter in der Bundesversammlung stellt. Peter Sodann beglückwünschte Horst Köhler, der mit 613 von 1224 Stimmen für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurde.

info @

(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche

info @

Parlamentarische Initiativen der LINKEN dieser Sitzungswoche

Die Fraktion hat diese Woche namentliche Abstimmungen für 17 Anträge zur Rentenüberleitung Ost beantragt. Das Ergebnis dieser namentlichen Abstimmung finden Sie auf den folgenden Seiten, sowie zu den weiteren namentlichen Abstimmungen dieser Woche. Des weiteren beschäftigte sich das Plenum des Bundestages mit weiteren parlamentarische Initiativen der Linken, wie die Heroinersatzbehandlung, die Verhinderung der Schuldenbremse, die Beendigung der Überwachung der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE durch den Verfassungsschutz sowie die Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft. In einem Gesetzentwurf wird die Rehabilitierung der sog. Kriegsverräter gefordert.

Heroinmodell in die Regelversorgung überführen und Therapiefreiheit der ÄrztInnen schützen

Drs. 16/2503 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7758972529_1602503.pdf

Teilhabe ermöglichen – Kommunales Wahlrecht einführen

Drs. 16/13165 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7760644845_1613165.pdf

Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige einführen

Drs. 16/5904 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712109803_1605904.pdf

Schnellstmögliche Einführung eines generellen Tempolimits von 130 Stundenkilometern auf Bundesautobahnen

Drs. 16/6932 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7736326841_1606932.pdf

Soziale Fortschrittsklausel in die EU-Verträge einfügen

Drs. 16/13056 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7732592249_1613056.pdf

Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft durch wirksame gesetzliche Regelungen fördern

Drs. 16/9486 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7780832969_1609486.pdf

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008

Drs. 16/10854 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7743719298_1610854.pdf

Die Agrarwissenschaften in Deutschland auf neue Anforderungen ausrichten

Drs. 16/12998 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7706657996_1612998.pdf

Überwachung von Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE. durch den Verfassungsschutz beenden

Drs. 16/5455 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746203678_1605455.pdf

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (2. NS-AufhGÄndG)

Drs. 16/3139 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7746203678_1605455.pdf

Alle Anträge, Gesetzesinitiativen, Kleine Anfragen etc. der LINKEN der 16. Legislaturperiode finden Sie auf der Internetseite der Bundestagsfraktion unter :

<http://www.linksfraktion.de/initiativen.php>

info@

(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche

info@

Namentliche Abstimmungen diese Woche:

Fortsetzung KFOR-Einsatz der Bundeswehr

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) Drs. 16/12881 und 16/13204.

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	208	3	1
SPD	208	2	2
FDP	48	1	0
LINKE	0	46	0
B90/Grüne	39	1	5

Änderung des Grundgesetzes - Flugsicherung

Abgestimmt wird über den Gesetzentwurf der Bundesregierung und der Fraktionen der CDU/CSU und SPD über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87d); Drs. 16/12280 und 16/13217

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	206	7	0
SPD	209	2	0
FDP	43	5	0
LINKE	0	44	0
B90/Grüne	0	1	44

Milch-Exportsubventionen

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über Milch-Exportsubventionen sofort stoppen - Weitere Zerstörung der Märkte in Entwicklungsländern verhindern; Drs. 16/12308 und 16/13119

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	209	1	0
SPD	194	1	10
FDP	46	0	0
LINKE	0	20	23
B90/Grüne	0	43	0

Heroinsubstitution

Abgestimmt wird über Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Carola Reimann, Detlef Parr, Frank Spieth und weiterer Abgeordneter - Entwurf eines Gesetzes zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung; Drs. 16/11515

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	11	196	1
SPD	206	1	0
FDP	45	0	2
LINKE	44	0	0
B90/Grüne	43	0	0

info @

(kurz) Rückblick auf die Sitzungswoche

info @

Namentliche Abstimmungen diese Woche:

Kommunales Wahlrecht Drittstaaten

Abgestimmt wurde die Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige einführen; Drs.: 16/5904 und 16/13033

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	203	0	0
SPD	197	3	2
FDP	42	0	0
LINKE	0	39	0
B90/Grüne	0	41	0

Kommunales Ausländerwahlrecht

Abgestimmt wurde Gesetzentwurf der der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Kommunales Ausländerwahlrecht); Drs. 16/6628 und 16/13033

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	0	204	0
SPD	7	189	6
FDP	0	43	0
LINKE	40	0	0
B90/Grüne	41	0	0

Abwrackprämie

Abgestimmt wurde der Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens "Investitions- und Tilgungsfonds"; Drs. 16/12662 und 16/13214

Fraktion	Ja	Nein	Enth.
CDU/CSU	198	8	0
SPD	199	2	1
FDP	0	42	0
LINKE	0	37	4
B90/Grüne	0	42	0

Leitbild
»Ostdeutschland 2020«

Studie im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Partei DIE LINKE in den Landtagen und im Deutschen Bundestag



Mit dem 'Leitbild Ostdeutschland 2020' entwickelt DIE LINKE als die Ostpartei eine neue Idee für die zukünftige Entwicklung der neuen Länder und anderer Transformationsregionen in Deutschland und Europa. Nachdem das bisherige neoliberale Entwicklungsmodell und der Aufbau Ost als Nachbau West gescheitert sind, bedarf es innovativer politischer Ansätze und gesellschaftlicher Entwicklungspfade. Gerade in Zeiten einer umfassenden internationalen Krise ist nachhaltiges Umsteuern gefragt .

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7788797028.pdf>

Rentenüberleitung Ost: Lebensleistung anerkennen!

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, den Rentenwert Ost an West bei Höherbewertung der niedrigeren Einkünfte anzugleichen, wurde im Dezember 2008 von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Am 28. Mai 2009 stellte DIE LINKE ein Paket von 17 Anträgen zur Abstimmung. Sie wollte erreichen, dass Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen der Rentenüberleitung für jetzige und künftige Rentnerinnen und Rentner endlich aus der Welt kommen. Wie alle Abgeordneten aus Ihrem Bundesland diesmal abgestimmt haben, erfahren Sie auf der Rückseite.

Mit dem Rentenüberleitungsgesetz fanden viele Besonderheiten der DDR keine Berücksichtigung. Zudem sollten per Rentenüberleitung „systemnahe“ Personen abgestraft werden, was nicht in das Rentenrecht gehört.

Der Leitantrag der LINKEN (*Drucksache 16/7019*) umfasst alle Problemfelder, die dann in 16 einzelnen Anträgen abgehandelt werden und mit Lösungsvorschlägen versehen sind:

DDR-Regelungen werden ignoriert

Zu den Betroffenen zählen:

- ehemals Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens. Als Ausgleich für niedrige Gehälter war ihnen in der DDR ein Steigerungssatz bei der Rente zugesagt worden - einfach gestrichen (*16/7020*).
- zu DDR-Zeiten Geschiedene. Sie erhalten - im Gegensatz zu in der Bundesrepublik Geschiedenen - keinen Versorgungsausgleich (*16/7021*).
- Ballettmitglieder. Nach Ausstieg aus dem Beruf stand ihnen eine berufsbezogene Zuwendung zu - seit 1992 einfach gestrichen (*16/7022*).
- Beschäftigte aus der Braunkohleveredlung. Wegen ihrer gesundheitsschädigenden Arbeit waren sie den Bergleuten unter Tage gleichgestellt - einfach gestrichen (*16/7023*).

Bestimmte Zeiten, die in der DDR für die Rente anerkannt wurden, bleiben unberücksichtigt. Dazu zählen Zeiten:

- für die Pflege von Angehörigen (*16/7024*);
- von privaten Land- und Forstwirten sowie Handwerkern und deren mithelfenden Familienangehörigen (*16/7025*);
- für zweite oder verlängerte Bildungswege und Aspiranturen (*16/7026*);
- für mitreisende Ehepartner bei Arbeit im Ausland sowie für im Ausland erworbene Rentenansprüche (*16/7027*);
- sowie Zeiten, in denen Hausfrauen freiwillige Beiträge zur Aufrechterhaltung von Rentenansprüchen gezahlt haben (*16/7028*).

Zusätzliche Versorgung wird gestrichen

Zu den Betroffenen zählen:

- Angehörige der wissenschaftlichen, pädagogischen, medizinischen, künstlerischen und technischen Intelligenz, Beschäftigte des Staatsapparates mit Armee, Zoll und Polizei sowie aller Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der DDR (*16/7029 und 16/7034*);
- Beschäftigte von Reichsbahn und Post (*16/7030*);
- Professorinnen und Professoren und weitere Beschäftigte im Hochschuldienst, die ihre Tätigkeit nach 1990 fortsetzen konnten (*16/7031*);
- Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach 1990 (*16/7032*);
- Angehörige von Armee, Zoll und Polizei, die nach 1990 ihre Tätigkeit fortsetzen konnten (*16/7033*).

Renten- wird als Strafrecht missbraucht

Bei bestimmten Tätigkeiten und Funktionen in sämtlichen Parteien und im Staatsapparat der DDR wird willkürlich eine Entgeltbegrenzung unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze vorgenommen. Die Wertneutralität muss wieder hergestellt werden (*16/7035*).

www.linksfraktion.de/rentenueberleitung

Lebensleistung anerkennen! DIE LINKE sagt geschlossen Ja

So haben alle Abgeordneten aus Brandenburg am 28. Mai 2009 über die 17 Anträge (siehe Rückseite) gestimmt, in denen DIE LINKE die Beseitigung von Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen für Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland fordert. (J = Ja, N = Nein, E = Enthaltung, X = Nicht teilgenommen)

	16/7019	16/7020	16/7021	16/7022	16/7023	16/7024	16/7025	16/7026	16/7027	16/7028	16/7029	16/7030	16/7031	16/7032	16/7033	16/7034	16/7035
Dr. Lothar Bisky, DIE LINKE	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X
Dr. Dagmar Enkelmann, DIE LINKE	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
Diana Golze, DIE LINKE	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
Wolfgang Neskovic, DIE LINKE	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
Dr. Kirsten Tackmann, DIE LINKE	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
Cornelia Behm, B90/DIE GRÜNEN	N	N	E	N	N	E	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Jens Koeppen, CDU	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Katherina Reiche, CDU	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Michael Stübgen, CDU	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Andrea Astrid Voßhoff, CDU	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Heinz Lanfermann, FDP	N	E	E	E	E	E	E	E	E	E	E	E	E	E	E	E	N
Ernst Bahr, SPD	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Petra Bierwirth, SPD	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Dr. Peter Danckert, SPD	E	E	E	N	N	N	N	N	N	N	N	E	N	N	N	N	N
Stephan Hilsberg, SPD	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Angelika Krüger-Leißner, SPD	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Markus Meckel, SPD	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Steffen Reiche, SPD	N	N	E	N	E	E	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N
Dr. Margrit Spielmann, SPD	N	J	N	N	N	N	N	J	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Jörg Vogelsänger, SPD	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N	N
Andrea Wicklein, SPD	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Quelle: www.bundestag.de